

Ein Jahr Schwarz-Rot – Bilanz, Kurskorrekturen, Prioritäten

Ein Jahr nach Bildung der schwarz-roten Koalition steht Deutschland weiterhin vor tiefgreifenden Herausforderungen: eine schwächelnde Konjunktur, anhaltende internationale Krisen und ein wachsender Erwartungsdruck an die Handlungsfähigkeit des Staates. Fest steht: Der Anspruch, den die Koalition an sich selbst gesetzt hat, ist deutlich höher als das bislang Erreichte. Obgleich Schwarz-Rot bei einigen zentralen Themen den berühmten gordischen Knoten durchschlagen haben könnte, bleiben viele grundlegende Baustellen noch unberührt. Gerade deshalb richtet sich unser Blick nach vorn. Die kommenden Monate müssen zwingend im Zeichen klarer Prioritäten und konsequenter Umsetzung stehen.

Entscheidend für den Erfolg der Koalition wird sein, sich auf die einstige Aufbruchstimmung zu besinnen und parteipolitische Blockadehaltungen abzulegen. Im Vordergrund dürfen nicht die Parteien, sondern muss das Land stehen. Denn gelingt es dieser Koalition, einer Koalition der beiden großen politischen Strömungen, nicht, den alles lähmenden Reformstau mit wirklich spürbaren Verbesserungen für das Land zu lösen, drohen bei den kommenden Bundestagswahlen massive Verwerfungen – bis hin zur Beeinträchtigung der politischen Handlungsfähigkeit Deutschlands.

Bilanz: Das hat im ersten Jahr Mut gemacht

In ihrem ersten Arbeitsjahr hat die Bundesregierung zwar insgesamt zu wenige, doch durchaus wegweisende Entwicklungen angestoßen. Diese Maßnahmen gehen in die richtige Richtung:

- 1. Deutschland ist wieder ein verlässlicher Partner:** Mit der Ampelkoalition ist das „German Vote“ zum geflügelten Wort in Brüssel geworden. Deutschland war allenfalls lange Zeit durch Enthaltungen aufgefallen. Bundeskanzler Merz hat Deutschland in Brüssel endlich wieder eine Stimme gegeben und eine Führungsposition übernommen. Deutschland gestaltet EU-Politik wieder aktiv mit, anstatt sie zu verzögern.
- 2. Zuzug in die Sozialsysteme eingedämmt:** Wie vom Wirtschaftsrat seit langem gefordert, hat die neue Bundesregierung erfolgreiche Maßnahmen zur Eindämmung der unkontrollierten Immigration in unsere Sozialsysteme umgesetzt, insbesondere: verschärfte Grenzkontrollen, Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte, Stopp von Aufnahmeprogrammen, konsequentere Abschiebung (v. a. von Straftätern), sowie die Benennung weiterer sicherer Herkunftsstaaten. Letztlich konnte der Zuzug von Asylbewerbern auch durch diese Maßnahmen bis zum ersten Quartal 2026 auf ein historisch niedriges Niveau gedrückt werden, die Zahl der Asylanträge sank auf durchschnittlich weniger als 100 pro Tag.
- 3. Stärkere Arbeitsanreize für Transferempfänger geschaffen:** Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung konnten langjährige Forderungen des Wirtschaftsrates zur Stärkung der Arbeitsanreize für Transferempfänger verankert werden. So haben wir uns von Anfang an nachdrücklich für die Überwindung des „Bürgergeldes“ und die Rückkehr zum erfolgreichen Grundprinzip des „Förderns und Forderns“ als Kern der Hartz-Reformen engagiert. Entsprechende Kernpunkte haben Bundestag und Bundesrat nun beschlossen: Jeder arbeitslose Transferempfänger hat sich aktiv um Beschäftigung zu bemühen. Sanktionen gegen

unkooperative Transferempfänger greifen künftig schneller, einfacher, unbürokratischer und schärfer, bis hin zum vollständigen Leistungsentzug.

4. **Einstieg in die Senkung der Steuerlast für Unternehmen angeschoben:** Nach Jahren des politischen Stillstands hat die Bundesregierung bereits kurz nach der Regierungsbildung in einem ersten Schritt verbesserte Abschreibungsregeln sowie die Senkung der Steuerlast für Unternehmen beschlossen. In mehreren jährlichen Schritten (leider erst ab 2028) wird der Körperschaftsteuersatz gesenkt und so die Gesamtsteuerlast auf ein Niveau von etwa 25 Prozent reduziert. So wird Deutschland zumindest langfristig wieder eine Unternehmenssteuerbelastung erreichen, die im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig ist.
5. **Die Energieversorgung wird wieder sicherer:** Jahrelang wurde in der Energiepolitik nach dem Motto verfahren: „Klimaschutz first – Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit sind automatisch gesichert“. Nicht erst der großflächige Blackout in Spanien hat aber gezeigt, dass Versorgungssicherheit bei zunehmend volatiler Einspeisung eben kein Selbstläufer ist. Und auch ein bezahlbarer Strompreis kann nur durch eiserne Kostendisziplin bei der Planung von Versorgungsanlagen, Netzen und Speichern gewährleistet werden. Es ist der große Verdienst der Bundesregierung, insbesondere von Katherina Reiche, durch eine Vielzahl von gesetzlichen Neuregelungen Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit nicht nur wieder auf die politische Agenda gebracht, sondern dabei auch bereits substanzielle Fortschritte erzielt zu haben.
6. **Das Primat der Technologieoffenheit soll in den Heizungssektor zurückkehren:** Das teure, in seiner Klimawirkung ineffektive, verunsichernde und nicht zuletzt polarisierende Gebäudeenergiegesetz der Ampel wird als Gebäudemodernisierungsgesetz neu ausgerichtet. Klimaschutz ist mit der gefundenen Lösung ein Projekt der Marktwirtschaft und nicht weiter Teil staatlicher Technologieplanung. Die entscheidende Änderung: Durch Wegfall der starren 65-Prozent-Vorgabe für erneuerbare Energien soll wieder für jeden Gebäudetyp die jeweils wirtschaftlich tragfähigste klimaschützende Lösung erlaubt sein. Das verhindert teure und unwirtschaftliche Zwangssanierungen und ist damit im Interesse von Eigentümern wie Mietern gleichermaßen. Die auch gesellschaftspolitisch heilende Wirkung der Neufassung des Gesetzes darf jetzt nicht durch sozialdemokratische Interventionen einseitig und im Nachhinein wieder aufgekündigt werden.
7. **Die Gesetzliche Krankenversicherung wird zukunftsfähig reformiert:** Nach einer Phase des Reformstillstands in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) hat die Bundesgesundheitsministerin mit dem GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz nun einen Vorstoß gewagt, um die GKV neu auszurichten und die Abgabenlast für Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu stabilisieren. Angesichts stetig steigender Sozialbeiträge drohte die Entwicklung zunehmend außer Kontrolle zu geraten. Positiv zu bewerten sind insbesondere die vorgesehene Anhebung der Zuzahlungsgrenzen und damit eine stärkere Eigenbeteiligung der Versicherten sowie die geplante Koppelung von Vergütungssteigerungen an die tatsächliche Einnahmesituation.
8. **Bündelung der Digitalpolitik im Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung:** Mit der Bündelung digitalpolitischer Zuständigkeiten wird die bislang stark zersplitterte Digital-Governance erstmals strukturell überwunden. Das neue Ministerium ermöglicht eine kohärente Steuerung von Digitalisierung, Staatsmodernisierung und digitaler Infrastruktur aus einer Hand. Das Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung ist Ausdruck des Willens der Bundesregierung Digitalisierung und Staatsmodernisierung ernst zu nehmen. Die Modernisierung von Verwaltungsstrukturen wurde zur Chefsache erklärt und hat die notwendigen Ressourcen bekommen.

Auftrag: Wo jetzt deutlich mehr Mut erforderlich sein wird

Das zweite Jahr der Koalition muss im Zeichen konsequenter Umsetzung und klarer Schwerpunktsetzung stehen. Im Mittelpunkt stehen zehn zentrale Handlungsfelder:

- 1. Soziale Sicherung – Beitragssätze im Zaun halten, Eigenverantwortung stärken:** Die Sozialabgabenlast wird für Unternehmen wie Arbeitnehmer immer erdrückender: Lagen die Sozialversicherungsbeiträge bis 1960 unter 25 Prozent, bis 1974 unter 30 Prozent und bis 1985 unter 35 Prozent, so haben diese 2023 die 40-Prozent-Schallmauer durchbrochen und werden bis zum Ende der Legislatur auf 45 Prozent zulaufen. Wenn von nun an die Babyboomer in den Ruhestand treten, werden die Lohnzusatzkosten bei heutiger Gesetzeslage massiv ansteigen, bis 2040 auf dramatische 50 Prozent. Umso wichtiger ist Sparsamkeit bei der Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme. Doch insbesondere die Bundesarbeits- und -sozialministerin verweigert sich dieser offenkundigen Notwendigkeit bislang. Für die Arbeitslosenversicherung fordert der Wirtschaftsrat: Zeitliche Begrenzung von Arbeitslosengeld I auf 12 Monate für alle; Streichung von Arbeitsmarktprogrammen, die viel kosten, aber letztlich größtenteils nur offene in verdeckte Arbeitslosigkeit umwandeln; Eindämmung der ausufernden Arbeitsverwaltung mit über 100.000 Beschäftigten allein bei der Bundesagentur für Arbeit. In der gesetzlichen Rentenversicherung sind vorrangig: Rücknahme der Privilegierung einzelner Gruppen durch die verschiedenen Rentenpakete der großen Koalitionen, insbesondere Streichung von Mütterrente, „Rente mit 63“ und Grundrente; Verringerung der Frühverrentungsanreize durch versicherungsmathematisch korrekte, höhere Abschläge bei vorzeitigem Rentenbezug; mittelfristig Erhöhung des Renteneintrittsalters auch über den 67. Geburtstag hinaus durch Koppelung an die Lebenserwartung.
- 2. Gesundheitspolitik – Weitere Reformen müssen folgen:** Die aktuelle geplante Reform des Gesundheitswesens in Form des GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz muss weitergedacht werden. Ziel muss es sein, Eigenverantwortung weiter zu stärken, Ressourcenverschwendung zu vermeiden und vorhandene Mittel gezielter einzusetzen – etwa durch stärkere Prävention, konsequentere Digitalisierung als Instrument zur Kostensenkung sowie durch eine bessere sektorenübergreifende Versorgung. Gleichzeitig müssen bürokratische Hürden abgebaut, statt weiter ausgebaut werden. Die geplante Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze ist kritisch zu sehen, da sie einen unnötigen Eingriff in den bislang bewährten Anpassungsmechanismus darstellt und zugleich erhebliche Risiken für den Wirtschaftsstandort Deutschland birgt: steigende Lohnnebenkosten verteuern die Arbeit weiter und belasten Unternehmen zusätzlich. Auch der Umgang mit versicherungsfremden Leistungen muss dringend angegangen werden: So dürfen die Beiträge für Bürgergeld- bzw. Grundsicherungsempfänger nicht länger überwiegend den Beitragszahlern der GKV aufgebürdet werden. Zudem bedarf es dringend eines schlüssigen Gesamtkonzept für die Reform der Pflegeversicherung, da gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und deutlich steigender Versorgungskosten die verlässliche Sicherstellung der pflegerischen Versorgung von zentraler Bedeutung ist.
- 3. Staatsmodernisierung – Weniger Verwaltung, mehr Wirkung:** Die Bundesregierung hat die Modernisierung staatlicher Prozesse zu einem Kernziel erklärt. Mit dem Entlastungskabinett sowie den Modernisierungsgagenden Bund und Föderal wurden die Grundlagen dafür geschaffen – insbesondere in der Zusammenarbeit mit den Ländern. Erstmals wurden klare Ziele für den Bürokratierückbau und die Modernisierung der Verwaltung definiert. Jetzt braucht es aber deren konsequente Umsetzung inklusive einer wirksamen Kontrolle!
- 4. Digitalpolitik – Netzausbau priorisieren, föderale Zersplitterung heilen:** Der flächendeckende Ausbau von Glasfaser- und Hochgeschwindigkeitsnetzen muss deutlich beschleunigt werden, um digitale Ungleichgewichte zwischen Regionen zu vermeiden. Planungs- und

Genehmigungsverfahren sind zu vereinfachen, um Investitionen in digitale Netzinfrastruktur schneller zu ermöglichen. Zugleich muss die föderale Zersplitterung der Digitalpolitik beseitigt werden: durch klare Governance-Strukturen und verbindliche Koordinierung zwischen den staatlichen Ebenen. Bund, Länder und Kommunen müssen stärker in eine gemeinsame Umsetzungsverantwortung gebracht werden, um die föderalen Reibungsverluste zu reduzieren. Ein wichtiger Hebel liegt u. a. in der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. Diese muss beschleunigt und verbindlich operationalisiert werden, damit Verwaltungsleistungen flächendeckend digital verfügbar sind.

- 5. Steuerpolitik – Einfach und digital entlasten:** Ungeachtet der bereits angeschobenen steuerlichen Erleichterungen für Unternehmen gehört Deutschland in der Gesamtschau nach wie vor zu den Ländern mit der höchsten Abgabenbelastung für Bürger und Unternehmen. Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts zu sichern, sind jedoch schnellere und umfangreichere Schritte notwendig. Bei der Einkommensteuer etwa müssen die Grundfreibeträge deutlich erhöht werden. Aufbauend darauf muss dann auch der Schwellenwert für den Eintritt in den Spitzensteuersatz deutlich erhöht werden. Im Jahr 1965 musste man in etwa das 15-fache des durchschnittlichen zu versteuernden Einkommens aller Arbeitnehmer in Deutschland verdienen, um den Spitzensteuersatz zu bezahlen. Aktuell greift diese Schwelle bereits bei weniger als dem zweifachen. Gleichzeitig muss die Senkung der Körperschaftsteuer von 2028 vorgezogen werden, um das internationale Niveau früher als geplant zu erreichen und so Investitionen und Wachstum zügiger zu stärken. Zudem braucht es eine grundlegende Steuerstrukturreform, die das System vereinfacht und die Vielzahl kleiner Steuern deutlich reduziert. Neue Bagatellsteuern wie eine Zuckersteuer sind abzulehnen, da sie Bürokratie schaffen und kaum Einnahmen bringen.
- 6. Haushaltspolitik – Disziplin fördern, Schuldenbremse schärfen, Deutschlands Schuldentragfähigkeit sichern:** Die zwischen den Koalitionären vereinbarte Modernisierung der Schuldenbremse muss zwingend deren Stärkung, nicht Schwächung zum Ziel haben. Hierbei sollte die Entwicklung des Nettokapitalstocks, also die Entwicklung des öffentlichen Kapitalstocks unter Berücksichtigung der Abschreibungen, eine zusätzliche Neuverschuldungsobergrenze darstellen. Bei dieser Neuverschuldung sollte dann künftig auch das Eingehen verdeckter Verbindlichkeiten mitberücksichtigt werden. Oberste Priorität ist es, die Schuldentragfähigkeit Deutschlands im Sinne der Handlungsfähigkeit und Generationengerechtigkeit zu sichern.
- 7. Infrastruktur – Investitionen in die Verkehrswege strukturell absichern:** Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist nicht nur einer der zentralen Standortfaktoren, sie ist entscheidend für das wirtschaftliche Ökosystem und die Prosperität in den Regionen. Denn ohne funktionierende Logistik und nutzerorientierte Mobilitätsangebote sind unsere Wohlstandsgesellschaft, Industrieproduktion und Handel und damit Steuereinnahmen und Sozialabgaben zur Finanzierung unseres Sozialstaates nicht denkbar. Mobilität sichert Wohlstand und Teilhabe. In ihrem Koalitionsvertrag hatten sich Union und SPD daher darauf verständigt, im Bereich der Infrastrukturfinanzierung Strukturreformen für mehr Effizienz zu wollen. Doch passiert ist bislang – nichts. Vereinbarte Maßnahmen wie die Überjährigkeit der Finanzmittel, die Schaffung geschlossene Finanzierungskreisläufe, der Wille zur Aktivierung privaten Kapitals, mithin eine Stärkung von ÖPP oder die Ausstattung der Autobahn GmbH mit eigener Kreditfähigkeit lassen noch immer auf sich warten. Vor allem muss die Zweckentfremdung des sog. Sondervermögens Infrastruktur enden. Die über das sog. Sondervermögen aufgenommenen zusätzlichen Staatsschulden müssen – wie im Zuge der damaligen Beschlussfassung zugesichert – endlich „on top“ zu den regulären Investitionen aus dem Kernhaushalt zur Verfügung gestellt werden.

8. **Investitionen – Investitionsstandort stärken, privates Kapital aktivieren:** Zugleich muss die Bundesregierung geeignete Bedingungen dafür schaffen, dass die hohen Investitionsbedarfe der Wirtschaft in CO₂-arme Produktionsprozesse, digitale Dienste und Geschäftsmodelle sowie Diversifizierung von Wertschöpfungsketten und Auslandsmärkten von Deutschland in Deutschland finanziert werden können. Hierzu braucht es dringend die Mobilisierung privaten Kapitals als Alternative und kraftvolle Ergänzung zur Kreditfinanzierung. Deutschland muss fit gemacht werden für Alternativen in der Finanzierung der Wirtschaft.
9. **CO₂-Preis – Grundstoffindustrie braucht Entlastung:** Die europäischen und nationalen Klimaziele sind nach dem Pariser Abkommen unter der Prämisse formuliert worden, dass die Welt, vor allem die industrialisierte Welt, insgesamt die Ziele von Paris unterstützt und jeweils national umsetzt. Davon ist aktuell leider nicht viel zu sehen. Unterschiedliche Geschwindigkeit und Prioritäten führen zu einem deutlichen Unterschied im CO₂-Preis zwischen Europa bzw. Deutschland auf der einen und dem Rest der Welt auf der anderen Seite und damit zu einem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie. Der Klimazoll („CBAM“) soll dieses Ungleichgewicht ausgleichen, ist hierfür jedoch zu löchrig und unvollständig. In der Folge kommt es zu einer immer schnelleren De-Industrialisierung Deutschlands: Jeden Monat verliert Deutschland ca. 10.000 gut bezahlte Industriearbeitsplätze. Diese Entwicklung muss dringend gestoppt werden. Es gibt kein „deutsches Klima“, das wir aus eigener Kraft retten könnten, wir benötigen zwingend international abgestimmte Anstrengungen. Eine Klimapolitik, die zu einseitigen Wettbewerbsnachteilen unserer Volkswirtschaft führt und damit galoppierenden Wohlstandsverlusten Vorschub leistet, wird die Unterstützung der Menschen nicht gewinnen. Dies würde letztlich nur den weiteren Aufstieg extremistischer Parteien befördern und damit wäre dann am Ende auch dem Klima nicht geholfen.
10. **Wohnungsbau – Pragmatismus statt Blockade:** Wohnen ist *die* soziale Frage unserer Zeit und hat die Kraft, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu zerstören. Baupolitik ist deshalb immer auch Sozialpolitik! Angesichts des Wohnraum Mangels braucht Deutschland eine von Pragmatismus geleitete Wohnungsbauoffensive wie in den 1950er Jahren. Zu den Eckpunkten einer solchen Offensive gehören: eine umfangreiche Baulandmobilisierung über ein Ausweisungsgebot für Kommunen, eine Umnutzung ehemals industrieller Flächen, großflächiges Bauen auf der grünen Wiese, die Reduktion teurer Energieeffizienzstandards, die Entschlackung des Baurechts durch Streichen detailverliebter Einzelschriften, die Schaffung einer bundesweit gültigen Bauordnung, die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, die Einführung der digitalen Bauakte für eine Zeit- und Kostenersparnis und höhere Effizienz im behördlichen Personaleinsatz sowie, nicht zuletzt, die Lockerung des starren Mietrechts unter Einbezug sozialer Flankierung, Stichwort „Subjektförderung“. Nur wenn sich Bau und Sanierung wieder rechnen, wird es bei diesen Themen mit dem gebotenen Tempo vorangehen.

Berlin, im Mai 2026